

Luxemburg, am 16. Februar 2021

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
sehr geehrte Damen und Herren des Schöffenrats,  
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats!

## Verkehrsentwicklungsplan nur mit starker Bürgerbeteiligung!

Sie, Frau Bürgermeisterin, und der Schöffenrat haben einen von Ihnen 2015 selbst in Auftrag gegebenen Audit zur Sicherheit der Fußgänger in der Stadt Luxemburg nicht öffentlich gemacht. Dies bedeutet einen Vertrauensbruch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Denn Sie halten aus Steuermitteln bezahlte wichtige Informationen über die Verkehrssicherheit der Fußgänger zurück. Der Audit bescheinigt Ihrer bisherigen Arbeit ein ernüchterndes Ergebnis: nur 35% der geprüften Überquerungsstellen für Fußgänger sind konfliktfrei. Und das sollen die Einwohner der Stadt nicht wissen? Forum internum? Warum wurde das nur in Auszügen im Gemeinderat und in zwei Ausschusssitzungen besprochen? Schafft man nicht Vertrauen, indem man auch für einen selber Unangenehmes ausspricht, weil es alle angeht?

Jetzt erfahren die Bürgerinnen im LW am 3. Februar die Ergebnisse des Audits nur, weil dieser 2021 in einer internationalen Ausschreibung der Stadt für einen Verkehrsentwicklungsplan steht, und das Dank der Arbeit eines aufmerksamen Journalisten. Diesen von der Presse aufgedeckten Vorgang bewertet einen Tag später, am 4. Februar im LW, Frau Ministerin Tanson als seinerzeit „nicht in der Schublade gelandet“. Wir fragen warum wurde die Umsetzung der Problempunkte des Audits nicht im Rahmen einer qualifizierten Bürgerbeteiligung angegangen? Schließlich sind es die Fußgänger, die den im Audit festgehaltenen Gefahren ausgesetzt sind.

Nun wurde dieses durch Zurückhaltung erst recht interessant gewordene Dokument von der Stadtleitung wieder per Mausclick aus der Ausschreibung herausgenommen, somit die Ausschreibung manipuliert. (LW 4.2.) Wir fragen die Bürgermeisterin, die Schöffen und den Gemeinderat, ob die Änderung einer Ausschreibung rechters ist? Ist eine offizielle Ausschreibung mit all ihren Dokumenten nicht verbindlich? „Schließlich habe wir nichts zu verbergen.“ läßt Mobilitäts Schöffe Herr Goldschmidt im besagten LW Artikel vom 4. Februar verlauten. Und hat den aus dem Dossier genommen Audit schnell wieder in das Dossier eingesetzt. Warum versteckt, wer nichts zu verbergen hat, etwas zum zweiten Mal? Um des Schutzes von Transparenz und Informationspflicht wollen wir Herrn Goldschmidt nicht glauben.

Denn, so Herr Goldschmidt in einer Selbstrechtfertigung einen Tag später am 5.2. im LW („Die Stadt ist sicher“), werden Audits und Studien prinzipiell nicht veröffentlicht wegen eines zu hohen Risikos von Missinterpretationen. Das heißt, wenn wir ihn gut verstehen, dass die Audits vor dem Bürger, der diese Audits bezahlt, geschützt werden müssen. Allerdings können den Bürgern „Audits und Studien auf Anfrage zugänglich gemacht werden“, so Herr Goldschmidt und seine Vorstellung von Bürgerbeteiligung im selben Artikel. Nur wie soll zum Beispiel eine Bürgerin nach einem Audit fragen, von dessen Existenz sie nur sehr schwer etwas wissen kann?

Werfen wir einen Blick in die Ausschreibung für den Verkehrsentwicklungsplan. Dort schreiben Sie unter AB01: „Eine unmittelbare Beteiligung der Öffentlichkeit wird in allen relevanten Projektphasen erfolgen. Dabei wird versucht werden, mittels unterschiedlicher Beteiligungsformate, möglichst viele Bevölkerungsgruppen anzusprechen.“ Doch schon in der Anlage „B02 – Roadmap“ schreiben Sie unter der Rubrik „Bürger“ in drei von vier Phasen nur noch von einer „Information“ der Bürger. Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass Informationen als hauptsächliche Form in der Kommunikation mit den Bürgern nicht ausreichen wird, um eine Verkehrswende in der Stadt herbeizuführen. Dafür müssten alle Akteure gemeinsam an einem Strang ziehen: Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft. Und um das zu erreichen, braucht es aus unserer Sicht eine Partizipation, die weitergeht als in der Roadmap der Ausschreibung skizziert. Die EU hat sich einer „sanften Mobilität“ verschrieben, um die in Paris festgelegten Klimaziele zu erreichen. Ein anstehender Entwicklungsplan zur Verkehrswende im Autoland Luxemburg ist nur mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam an einem Tisch umsetzbar.

Frau Bürgermeisterin, die Zeiten gepflegter Amtsgeheimnisse und herrschaftlicher Planungen sind vorbei. Wer heute für eine umweltfreundliche und lebenswerte Stadt Luxemburg arbeitet, wird sich der Information, der Transparenz und der Partizipation verpflichtet fühlen. Der beeindruckende Artikel von Steve Remesch über den Fußgänger-Audit zeigt ein negatives Beispiel dafür, wie sich Bürgerinnen und Bürger hintergangen fühlen, wenn sie in Entscheidungsprozesse nur pro Forma einbezogen werden. Nutzen Sie die Chance zu einer unparteilich moderierten Bürgerbeteiligung. Setzen Sie sich als Gleiche unter Gleichen an einen Tisch mit den Bürgerinnen und Bürgern auf dem Weg zu einer Verkehrswende, die diese Stadt existentiell braucht.

Mit freundlichen Grüßen!

„eis Stad“ asbl

Kopie an:

Presse

Eis Stad Mitglieder